



HISTALYA

MUN 2024

DIE VOLKSKAMMER

TAGESORDNUNGSTHEMA:
OFFENE TAGESORDNUNG

STUDIENFÜHRER

AUSSCHUSSESEKRETAR

Atakan Bükülmez

Inhaltsverzeichnis:

1. Begrüßungsbrief

1.1 Begrüßungsbrief von Generalsekretär

1.2 Begrüßungsbrief von Untergeneralsekretär

2. Vorstellung zu Komitee

2.1 Was ist eine "Krisen Komitee"?

a) Was ist eine Direktive und wie schreibt man es?

b) Pressemitteilung

c) die Updates

d) Was ist eine Krise?

2.2 Prozedur für die Komitee

a) Anwesenheit

b) Round Table

c) Anträge

i. Moderierte Sitzung

ii. Unmoderierte Sitzung

d) Komitee Ablauf

2.3 Begriffe die man wissen muss

3. die Volkskammer

3.1 Was ist die Volkskammer?

a) Ihre Funktion und Arbeitsweise

3.2 Volkskammer und ihre Probleme

3.3 Vertretern von die Volkskammer

4. die UdSSR

4.1 UdSSR Nach dem 2. Weltkrieg

4.2 das "Ost korridor"

4.3 Stalinist Regierung und ihre Effekte

4.4 Warschauer Pakt

5. der Deutsche Demokratische Republik (DDR)

5.1 die Gründung der DDR

5.2 die DDR und ihre Außenpolitik.

5.3 Ideologien

5.4 Berliner Mauer

5.5 Stasi

5.6 Infrastrukturprobleme in die DDR

5.7 Wirtschaft von die DDR

5.8 16. Juni 1953 (Volksaufstand)

6. die USA

6.1 USA nach dem 2. Weltkrieg

6.2 Marschall Pläne

6.3 Eindämmungspolitik (Containment Policy)

7. Europas Situation

7.1 Tschechoslowakei

7.2 Ungarn

7.3 Jugoslawien

7.4 Bundesrepublik Deutschland

7.5 Frankreich und Britannien

8. Anfangszeit von die Komitee und wie es weitergehen will

1. Begrüßungsbriefen:

1.2 Begrüßungsbrief von Untergeneralsekretär

Sehr geehrte Genossen, seid willkommen zu “die Volkskammer”! Ich bin echt froh, dass wir alle 4 Tage miteinander verbringen können. Obwohl ich das erste Mal Untergeneralsekretär bin, verspreche ich euch, dass Ich mein Bestes geben werde.

Wie ihr wißt, die Volkskammer ist eine Krisenkomitee. Deswegen müsst ihr sehr viele Direktive schreiben. Zum Direktiven Schreiben braucht ihr generelle Sachen über DDR und Kalter Krieg wissen und -weil unsere offizielle Sprache Deutsch ist- Deutsch schreiben zu können. Ich bitte euch, auch wenn ihr winzig kleine Probleme bei Deutsch und über das Komitee habt, bitte lass mich es wissen.

Durch das Komitee abläuft, mit Euren Entscheidungen wirt ihr das Schicksal von Volkskammer ändern. Genossen, lasst uns mit einer Großen Roten Welle den “Onkel Sam” zerstören und Deutschland wieder in seine glorreichen Tage bringen!

2. Vorstellung zu Komitee

2.1 Was ist eine "Krisenkomitee" ?

Wie ihr es auch weißt, Krisenkomiteen sind anders als GV Komiteen. Die unterschied daran ist die Prozedur.

Es gibt Direktive, weniger moderierte Sitzungen, mehrere unmoderierte Sitzungen, keine Redebeiträge, Updates, Krisen. Darum möchte ich euch alles erzählen, falls jemand die Prozedur verlernt hat oder jemand wo Erste Mal in eine Krisenkomitee ist.

a) Was ist eine Direktive und wie schreibt man es?

Direktive zu schreiben ist sehr benötigt für eine Krisenkomitee. Um etwas zu machen, entscheiden, annoncieren etc. kurz gesagt, irgendetwas zu machen, braucht ihr immer Direktive schreiben.

In diesem Komitee braucht ihr manche Direktive Arten, die ihr wissen müsst, die ich auch da unten zeigen will.

Beim Direktive schreiben muss man auf W-fragen und Details aufpassen. Jeder Ding, was ihr machen möchtet, müsst ihr "wie" ihr das macht detailliert nachschreiben . Wenn ihr nicht nach diesen Regeln achtet, wird eure Direktive nicht gültig. Also bitte aufpassen.

Okay, wir wissen was eine Direktive ist und wir haben ein bisschen die Idee, wie man es schreiben sollte, aber es gibt noch Direktive Arten und ihre Regeln. So ich erkläre jetzt kurz, was sie sind und wann ihr sie braucht.

Personale Direktive: Wie ihr auch von der Name verstehen können, diese Direktive könnt ihr schreiben wenn ihr alleine Direktive schreibt.

Verbundene Direktive: Wenn ihr mit jemandem zusammen Direktive schreiben möchtet, dann müsst ihr Verbundene Direktive benutzen. Ihr könnt auch mit diese Direktiven ihre Kräfte verbinden.

Komitee Direktive: die Komitee Direktiven sind gleich wie Verbundene Direktive, aber der Unterschied ist, dass ihr diese Direktive mit dem ganzen Komitee schreibt.

b) Pressemitteilung

Die Pressemitteilung schreibt ihr, wenn ihr etwas annoncieren oder Propaganda machen möchtet. In der Pressemitteilung braucht ihr nicht W Fragen benutzen.

c) Die Updates

Updates sind wichtig für die Volkskammer's Schicksal. Ihre Direktive will immer ein Ergebnis haben. Diese Ergebnisse nennen wir "Update".

d) Was ist eine Krise?

Kurzgesagt, Krise ist ein negatives Update für das Komitee oder die Kabinett. So Krisen bekommt ihr, wenn ein fehler geschieht in die Direktiven. Manchmal kann es auch sein, dass die Krisen nur wegen des Komitees Ablauf geschieht.

2.2 Prozedur für die Komitee

a) Anwesenheit

Das wichtigste Ding im Komitee, Anwesenheit. In jeder Sitzung, checken wir, wer im Komitee ist.

Wenn wir Anwesenheit stellen, -wenn derjenige im Komitee ist- wollen wir, dass ihr “ja” oder “Anwesend” sagt. Wenn sie nicht in das Komitee sind und spät zur Sitzung gekommen seid, könnt ihr einen Verspätungs Papier schreiben und das Papier dem Komitee Vorsitz geben.

b) Round Table

Im Round Table, unter einem Thema, redet man über eine Idee für maximal 2 Minuten. Es ist fast gleich wie Redebeitrag, nur der Unterschied ist, dass der Vorsitz wählt, wer sprechen wird.

c) Anträge

Anträge sind wichtig für die Debatte im Komitee. Es gibt zwei Arten von Anträgen, **persönliche Anträge** und **Anträge an die Geschäftsordnung**. Weil wir in eine Krisenkomitee sind, persönliche Anträge ist unnötig für uns darum werde ich nur Anträge an die Geschäftsordnung erklären.

In Anträge an die Geschäftsordnung könnt ihr die informelle Sitzung beantragen oder die Redezeit ändern.

In diesem Komitee könnt ihr 3 informelle Sitzungen benutzen. Ihre Redezeit ist mindestens 5 Minuten für eine persönliche Sitzung und 30 Sekunden für persönliche Redezeit. Am meisten könnt ihr 20 Minuten für eine persönliche Sitzung und 1.5 Minuten persönliche Redezeit.

i) Moderierte Sitzung

In moderierte Sitzung macht man eine Sprecher Liste und nach dieser Liste spricht man in einer Reihe. Jeder Person darf nur einen nach dem anderen reden. In dieser Sitzung habt ihr auch persönliche Redezeit. Da oben habe ich auch erklärt: mindestens 30 Sekunden, am meisten 1.5 Minuten.

ii) Unmoderierte Sitzung

Wie in moderierte Sitzung habt ihr hier auch Redezeit. Nur der Unterschied ist, dass ihr gar keinen persönliche Redezeit habt und ihr könnt herumlaufen im Komitee, wie ihr wollt, ohne über die Sprecher Liste nachzudenken. Diese Sitzung ist benötigt für Direktive schreiben, so wir würden meistens diese Sitzung benutzen.

ii) Semi-Moderierte Sitzung

In dieser Sitzung dürft ihr reden, bis ihr fertig seid, also es gibt keine Zeitgrenze. Bitte wartet aufeinander und drängelt nicht, dass ihr nicht jemanden unterbricht. Wenn ihr beim Reden dran zeit müsst ihr nicht aufstehen. Wie in jeder Sitzung, hier habt ihr auch eine maximale Redezeit von 20 Minuten. Am meisten würden wir diese Sitzung benutzen.

d) Komitee Ablauf

Jedes Komitee hat eine Ablauf. Der Ablauf ändert sich an Komitee's Themen oder Arten. In unserem Komitee werdet ihr am meisten mit einer semi-moderierte Sitzung anfangen. Ich empfehle euch das ihr auch diese Sitzung ernst nehmen sollt, weil ihr bessere Kommunikation habt und planen macht.

Nach moderierte Sitzung, es geht weiter mit die unmoderierte Sitzung! Weil wir nur ein Kabinett sind, werdet ihr am meisten Kabinett Direktive schreiben, um Krisen abzuhalten.

Aber keine Sorge, ihr werdet auch alle anderen Direktive schreiben können außer Komitee Direktive in einer so genannten "Freizeit". In der Freizeit bekommt ihr gar keine Krise. So könnt ihr alles machen, was ihr möchtet (und das Chaos zu verbringen!!).

2.3 Begriffe die man wissen muss

Es gibt besondere Begriffe in Model Vereinte Nationen Konferenzen. Weil wir auch Deutsch als unsere offizielle Sprache benutzen, werde ich jetzt wichtige Englische und Deutsche Begriffe geben.

Antrag: Motion

Moderierte Sitzung: Moderated Caucus

Semi-Moderierte Sitzung: Semi-Moderated Caucus

Unmoderierte Sitzung: Unmoderated Caucus

Vorsitz/Vorsitzender: Chair

Stimmung: voting

Redepult: Lectern

Anspruch: objection

Anwesend: Here

Gremium/Komitee: committee

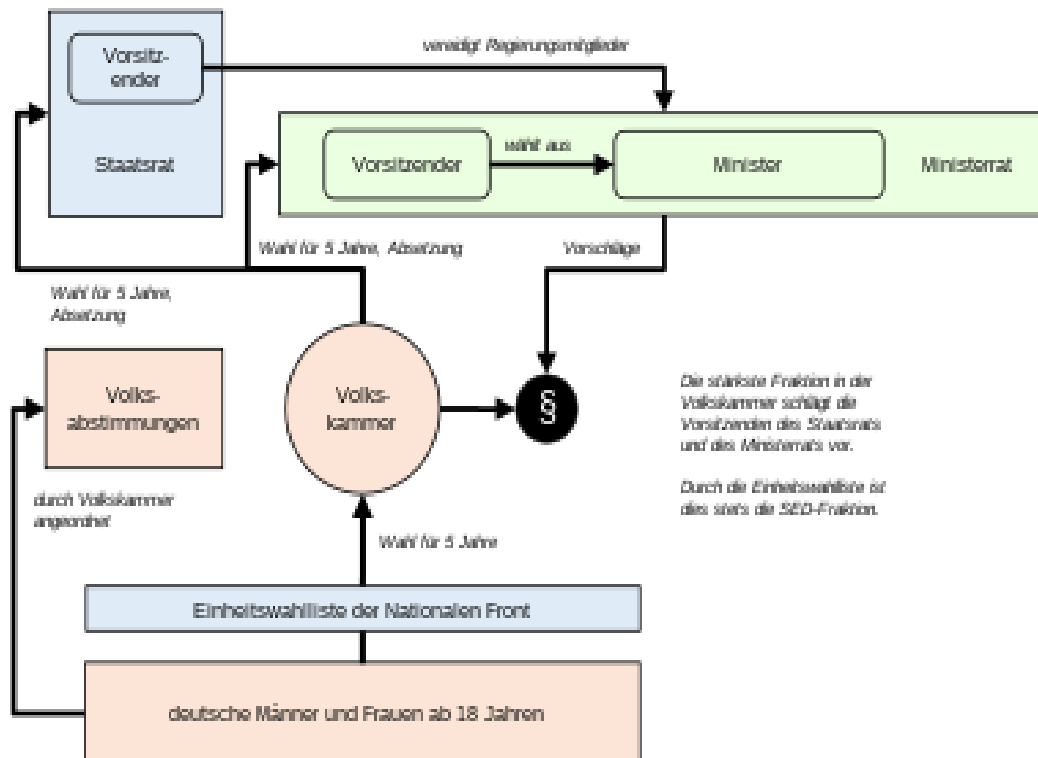
3. die Volkskammer



3.1 Was ist die Volkskammer?

Die Volkskammer war vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 das Parlament der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Nominell war sie das höchste Verfassungsorgan. In die Volkskammer waren 11 Parteien, die einige Stimmen und Entscheidungen treffen. Jedoch, SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland) war diejenige Partei, die die DDR regierte. Darum konnten sie auch die Nationale Front -ein überparteiliche „sozialistische Volksbewegung“ aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen in der DDR- benutzen, wie sie wollten.

a) Ihre Funktion und Arbeitsweise



3.2 Volkskammer und ihre Probleme

Wegen Stalin's Paranoia über die staatliche Verwaltung hatte die kommunistische Welt sehr viele Probleme gehabt. Und einer Opfer von Stalin's Paranoia war die Volkskammer.

Wegen des Stalinismus und der Paranoia Stalin hatte die Volkskammer immer eine Stalinismus stützende Staatsführer.

Alles war unter Josef Stalin kontrolliert. Selbst die alten Vertreter von KPD und SPD (kommunistische und Sozialistische Parteien) hat man von dem Parlament entfernt, nur weil sie nicht Stalinismus lobten. Als neue Vertretern haben die Anhänger von Stalin rekrutiert. Leider waren ihre Erfahrungen nicht genügend, darum konnten sie auch nicht ganz gut Krisen verhandeln.

3.3 Vertretern von die Volkskammer

Ihre Allokation wird von Mitgliedern der Volkskammer, die Minister von die DDR sind. So könnt ihr besser administrieren. Durch Zeit abläuft, kann es auch sein, dass ihr noch einmal Allokation bekommt, weil ihr Charakter mit der Zeit sterben kann.

4. Die UdSSR

UdSSR, also benannt als Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, hat nach dem Sieg der Bolschewiki im Russischen Bürgerkrieg wurde im Dezember 1922 die Sowjetunion gegründet. Lenins Tod am 21. Januar 1924 führte zu einem erbitterten Nachfolgekampf, in dem sich der Georgier Josef Stalin, seit 1922 Generalsekretär der Kommunistischen Partei, gegen Leo Trotzki durchsetzte. Stalin festigte seine Macht durch gezielten Terror von 1926 bis 1927.

Seit 1935 eskalierte Stalin die Verfolgungen und Deportationen von Bürgern, die dem System scheinbar oder tatsächlich im Wege standen. Darum hatte auch die Sowjetunion Probleme bei der Bürokratie.

4.1 UdSSR nach dem 2. Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg sicherte die Sowjetunion den gewonnenen territorialen Machtbereich. Es war auch besser so, dass die Sowjetunion Osteuropa kontrollierte, weil die Menschen in diesem Gebiet verhungert, obdachlos und am wichtigsten; die Menschen da gehörten am meisten zur Arbeiterklasse. Die Westliche Welt wusste es auch. Darum haben sie in par Konferenzen es diskutiert, um dieses Gebiet Kontrolle zu Sowjetunion geben.



4.1 (Europa nach der 2. Weltkrieg)

4.2 (Das Ost korridor)

4.2 das "Ost korridor"

Der Ost-Korridor ist ein politischer Begriff, den man für eine Region benennt. Die Länder, die sich zwischen der Sowjetunion und der westlichen Welt befinden. Es ist eine wichtige strategische Pufferzone für die Sowjetunion. Diese Pufferzone bietet einen eisernen Vorhang, der über 6306 km lang ist.

4.3 Stalinist Regierung und ihre Effekte

Stalin war Generalsekretär des ZK der UdSSR von 1922 bis 1953. Nach dem Ausschluss Trotzkis aus der WKP im November 1927 war Stalin de facto Alleinherrscher der Sowjetunion und das Haupt der kommunistischen Partei. Spätestens zu Beginn des Jahres 1931 hatte er seine Machtposition so weit gefestigt, um ihn als uneingeschränkten Diktator der Sowjetunion bezeichnen zu können. Im Dezember 1929 ließ er sich offiziell als "Führer".

Unter Stalin wurde die neue Doktrin des Marxismus-Leninismus festgelegt, die eine Neuinterpretation des Leninismus durch Stalin darstellte. Dabei wurde das zentrale Dogma der sozialistischen Weltrevolution Mitte der 1920er Jahre aufgegeben. An dessen Stelle trat Stalins Doktrin eines "Sozialismus in einem Land", welche auf dem XV. Parteitag 1927 zur Partei- und Staatsdoktrin erhoben wurde.

Wirtschaftlich versuchte Stalin, die UdSSR durch eine massive Industrialisierung und den Ausbau des Schienennetzes auf die Höhe der westlichen Industrienationen heranzubringen. Mit rigorosen Mitteln organisierte Stalin die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, wodurch viele Bauern ihre Existenzgrundlagen verloren. Es war eine von die Gründe warum Holodomor (ein Inzident wo sehr viele Menschen von Verhungern gestorben sind) in der Ukraine geschah.

Von 1930 bis 1953 waren in den Lagern mindestens 18 Millionen Menschen in Gulag. Die Gehäftige im Gulag waren Kriminelle, Kriegsgefangene und sogenannte "Kriminelle". So hatte Stalin die Autorität in seinen Händen.

Nach Stalins Tod 1953 war Georgi Malenkov kurzzeitig vom 5. bis 14. März Parteiführer der KPdSU. Am 14. März wurde Nikita Chruschtschow Erster Sekretär des ZK der KPdSU. Chruschtschow leitete verschiedene Reformen in der Partei und in der UdSSR ein. Trotz der Entstalinisierung wurden reformkommunistische Bestrebungen innerhalb des Ostblocks, die die Vorherrschaft der KPdSU in Frage stellten oder stellen konnten, weiterhin unterdrückt. Entsprechende reformistische Bestrebungen oder Aufstände wie etwa in Ungarn 1956 oder in der Tschechoslowakei 1968 wurden mit militärischer Gewalt niedergeschlagen. Auch schon der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in der DDR war.

4.4 Warschauer Pakt

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die UdSSR bestrebt auch in anderen Ländern stalinistische Regime einzusetzen und verhalf so in Osteuropa vielen Kommunistischen Parteien zur Macht, dabei wurden Oppositionsparteien verboten oder zwangsassimiliert, sowie eine Einparteiendiktatur nach dem Vorbild der KPdSU errichtet. Dieser allgemein als Ostblock bezeichnete sowjetische Machtbereich blieb dann bis zur Wende 1989/90 bestehen. Gemeinsam mit der DDR bildeten die genannten Staaten unter Oberhoheit der UdSSR 1955 als Militärbündnis die Warschauer Vertragsorganisation als Antwort auf die kurz zuvor von den USA und ihren westlichen Verbündeten gegründete NATO. Albanien gehörte zu den Unterzeichnern des Warschauer Vertrags, trat aber 1968 wieder aus.

5. Der Deutsche Demokratische Republik

5.1 Die Gründung der DDR

Die Deutsche Demokratische Republik wurde am 7. Oktober 1949 gegründet. Das ist auch der gleiche Tag, wenn die Volkskammer gegründet ist.

Bevor die zweite Weltkriegs Ende, die Alliierten diskutierten sich um was will passieren zu Deutschland nach dem Krieg. Deutschland war ein wichtiges Land für die internationale Handlung und ohne Deutschland fehlte Frankreich und Groß Britanniens Stahlindustrie. Darum mussten sie so schnell wie möglich nach dem Krieg ein neues Deutschland erstellen. Aber da war ein klitzekleines Problem: Nicht alle Länder waren in der gleichen Ideologie auf die Alliierten Seite, darum mussten sie erstens etwas vereinbaren. Erstens mochtete die Sowjetunion eine Vereinte Deutschland, leider Britannien und USA könnte zu der UdSSR nicht vertrauen und das Ursache Deutschland zu teilen. In der Konferenz von Jalta und Potsdam haben sie diskutiert, was sie mit Deutschland machen wollen und wie sie es teilen wollen.

5.2 die DDR und ihre Außenpolitik

Die SED-Führung war zur Unterstützung eines ostdeutschen Separatstaates auf sozialistischer Grundlage schon deshalb bereit, weil sie sich bewusst darüber war,

dass sie bei freien Wahlen in ihrem Ursprungsgebiet scheitern würde und auch in Gesamtdeutschland keine Chance zur Machterringung hatte. Am 12. März 1947, verkündete der amerikanische Präsident Truman eine Politik der Eindämmung ("containment") gegenüber der Sowjetunion ("Truman-Doktrin"). Damit war ein gemeinsames politisches Handeln der vier Siegermächte gänzlich ausgeschlossen. Die Sowjetunion interpretierte den vom amerikanischen Außenminister Marshall am 5. Juni 1947 proklamierten Plan eines europäischen Wiederaufbauprogramms ("Marshall-Plan") als Bedrohung ihres sozialistischen Modells.

Moskau lehnte eine Teilnahme am USWirtschaftsprogramm ab. Der Grad der Konfrontation zeigte sich auch in der Aussage des sowjetischen Außenministers Molotow am Rande der gescheiterten Außenministerkonferenz vom 25. November bis 15. Dezember 1947. Dieser sprach von einem "imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion". Die Erweiterung der Bizone zur "Trizone" durch einen Beitritt Frankreichs und der Beschluss der westlichen Mächte zur Errichtung eines föderativen Regierungssystems auf einer Konferenz in London im Februar/März 1948, vertiefte die OstWest-Spaltung zusätzlich. Am 20. März 1948 verließen die sowjetischen Vertreter den alliierten Kontrollrat. Dies war das formelle Ende einer gemeinsamen Deutschlandpolitik der vier Siegermächte.

In der Ostzone waren die sozialistischen Verwaltungsstrukturen bereits weit ausgebildet. Der Weisung Stalins an die SED Ende 1948, bald einen eigenen Staat zu proklamieren, konnte somit problemlos Folge geleistet werden. Die Konstituierung einer provisorischen Volkskammer am 7. Oktober 1949 und die Verkündung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik schufen nur wenige Monate später den zweiten deutschen Staat.

Insgesamt war die DDR zu Beginn der 50er-Jahre vor allem um die Konsolidierung ihres Staatswesens bemüht. Obwohl ihre „Satelliten-Funktion“ und die mangelnde außenpolitische Handlungsfähigkeit überdeutlich waren, stellte sie besonders gegenüber den Bruderländern demonstrative Eigenständigkeit heraus. Noch in ihrem Gründungsjahr nahm die DDR diplomatische Beziehungen zur Vormacht Sowjetunion, dann zu Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, China und Nordkorea auf; 1950 folgte die Mongolische Volksrepublik.

5.3 Ideologien

Der DDR-Staat orientierte sich stark am sowjetischen Vorbild:

Einparteienherrschaft, Wahl aus Einheitslisten, willkürliche Machtausübung, Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Auch die Einheitspartei SED wurde aus dem sowjetischen Vorbild übernommen.

Von 1945 bis 1953 war die DDR von Stalinismus kontrolliert. Nach Stalins Tod, Nikita Chruschtschow übernahmte die Führung. Als er die Generalsekretär geworden ist, hat er eine wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Reform im Ostblock und der Sowjetunion gestartet. Entstalinisierung war eine Reform für Anti-Stalinismus. Chruschtschow dachte, dass Stalinismus wäre falsch für Kommunismus und schlecht für die Wirtschaft und Bürokratie von UdSSR. Wirtschaftlich haben die mit Dezentralisierung angefangen. Aufgrund der offenkundig gewordenen ökonomischen Ineffektivität der Häftlingsarbeit im Rahmen der auf Dezentralisierung abzielenden neuen Wirtschaftspolitik unter Chruschtschow endete damit die unter Stalin aufgebaute Funktion des GULag als wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Sowjetunion. Dies dürfte ein wesentlicher Grund für die Entlassung des Millionenheeres unfreier Lagerzwangsarbeiter nach 1953 gewesen sein.

Leider war Stalinismus mehr präferiert in manchen Ländern im Ostblock (z.B. Ungarn und Polen). Darum war es nicht so ganz erfolgreich im Ostblock. Der KPdSU stellte die SED-Führung vor eine schwierige Situation. Gerade erst hatten sie die Krise, in die sie durch den Volksaufstand von 17. Juni 1953 geraten war, überwunden; nun drohte eine scharfe Kritik an dem verstorbenen Stalin, auf den sie bis 1956 ganz eingeschworen waren, ihren Herrschaftsanspruch erneut zu delegitimieren: Noch im Oktober 1955 hatte sich die Parteispitze auf der 25. Tagung des ZK der SED auf die „Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin“ berufen. Der Text der Geheimrede Chruschtschow wurde denn auch in der DDR geheim gehalten. Stattdessen veröffentlichte Walter Ulbricht im Parteiorgan Neues Deutschland am 4. März 1956

einen Artikel, in dem er zunächst Stalins „bedeutende Verdienste beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf gegen die Partei feindlicher Gruppierungen“ lobte. „Als sich Stalin jedoch später über die Partei stellte und den Personenkult pflegte, erwachsen der KPdSU und dem Sowjetstaat daraus bedeutende Schäden. Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.“ Damit hatte er sich oberflächlich von Stalin distanziert; eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Stalinismus unterblieb. Trotzdem waren in der DDR immer noch Personen Kulturen. Diese Änderungen ließen bei einigen DDR-Bürgern und Politikern die Hoffnung aufkommen, eine weitergehende Liberalisierung sei möglich. Intellektuelle begannen, vergleichsweise offen zu diskutieren; der Cheflektor des Aufbau-Verlags Wolfgang Harich suchte mit einem Kreis Gleichgesinnter nach Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Deutschlands. Angesichts der Unruhen, die die Entstalinisierung in Polen und Ungarn ausgelöst hatten, unterband die SED-Führung diese Bestrebungen jedoch rasch: Mit dem 30. Plenum des ZKs der SED, das vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1957 tagte, endete das „kurze Tauwetter in der DDR“.

5.4 Berliner Mauer



Die Berliner Mauer war eine Grenze zwischen die DDR und der BR (Bundesrepublik Deutschland). Seit dem Kriegsende 1945 hatte die Staatspartei SED mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht in Ostdeutschland eine Diktatur errichtet. Große Teile der ostdeutschen Bevölkerung waren mit dem neuen politischen und wirtschaftlichen System nicht einverstanden. Deshalb setzte bereits Ende der 1940er-Jahre eine schnell wachsende Fluchtbewegung ein, wobei sich bei den einzelnen Flüchtlingen politische, wirtschaftliche und persönliche Motive vermischten. Bis zum August 1961 hatte die DDR ein Sechstel ihrer Bevölkerung, also mindestens vier Millionen Menschen, verloren. Da die SED die Grenze der DDR zur Bundesrepublik schon 1952 abriegeln ließ, wurde der direkte Weg für Flüchtlinge immer gefährlicher. Viele nutzten deshalb die noch offenen Sektorengrenzen in Berlin, um durch dieses letzte Schlupfloch in die Bundesrepublik zu gelangen. Am 13. August 1961 begann die SED die Grenzen rings um West-Berlin zunächst mit Stacheldraht und wenige Tage später mit Mauern endgültig abzuriegeln. Sie versuchte so, die anschwellende Fluchtbewegung zu beenden. Zugleich wollte die SED ihre Macht stabilisieren und nach außen Souveränität dokumentieren. Trotz Stacheldraht und Mauer konnte die Fluchtbewegung nicht vollständig gestoppt werden. Deshalb wurden die Grenzsperrungen in Berlin bis 1989 immer weiter perfektioniert.

Mauer und Sperranlagen allein wären kein ausreichendes Hindernis für Flüchtlinge gewesen. Deshalb bewachten bewaffnete Soldaten die Mauer. Sie hatten den Befehl, auf Flüchtlinge zu schießen, wenn sie deren Flucht anders nicht verhindern konnten. Im Westen war deshalb vom „Schießbefehl“ die Rede.

5.5 Stasi



Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), auch Staatssicherheitsdienst, Kurzwort Stasi, war in der DDR zugleich Geheimdienst und Geheimpolizei und fungierte als Regierungsinstrument der SED. Offiziell arbeiteten etwa 100.000 Menschen für die Stasi. Dazu kamen etwa 200.000 "inoffizielle" Mitarbeiter/innen.

Sie bespitzelten ihre Mitmenschen, ihre Arbeitskollegen, Freunde, Mitschüler/innen. Manchmal sogar auch die eigene Familie. Ihre Berichte übergaben die Spitzel an die Stasi. Die Beobachtung durch die Stasi konnte jeden treffen, man brauchte nur ein wenig anders als die meisten zu sein. Opfer der Stasi konnten Jugendliche werden, die Musik aus dem Westen hörten, oder Menschen, die sich in der Kirche engagierten oder sich öfters im Sportverein trafen. Stasi arbeitete am meisten gegen Sabotagen, Republikflucht. Gleichzeitig war es Ermittlungsbehörde und Auslandsnachrichtendienst.

5.6 Infrastrukturprobleme in die DDR

Nach der Zweiten Weltkrieg hatte ganz Deutschland sehr großen Schaden. Der Bundesrepublik Deutschland könnte diese Schaden mit Hilfe von USA (Hilfe von Marshall Pläne), Großbritannien und Frankreich (kelime(anneme soracagim emin degilim)). Am anfang da war sehr viele lücken in Bürokratie an beide seiten. Mit der Berliner Mauer, die auch in 1961 gebaut worden ist, hat es die Infrastrukturprobleme in die DDR nur schlechter gemacht.

Die Infrastruktur der DDR war in einem schlechten Zustand: verschlissene Verkehrswege, Zerfall in den Innenstädten, massive Umweltbelastungen. Das machte den Standort Ostdeutschland für Investierende unattraktiv. Selbst es ist auch ein normales Ding zu einem erfolgreichen Kanalisationssystem haben im 20. Jahrhundert , trotzdem hatte die DDR Kanalisation Probleme.

5.7 Wirtschaft von die DDR

1949 trat ein Zweijahresplan in Kraft, 1951 folgte der erste Fünfjahresplan, um die DDR-Wirtschaft nach marxistisch-leninistischer Ideologie zu organisieren. Der Wiederaufbau vollzog sich in der DDR nicht nur aufgrund der angestrebten Zentralplanwirtschaft langsamer als in der Bundesrepublik Deutschland. Die vom Krieg hart getroffene UdSSR führte in der Sowjetisch besetzten Zone umfangreiche Demontagen durch und transportierte Material und Erzeugnisse in großem Umfang als Reparationen ab. Auf Leistungen aus dem Marshallplan zum Wiederaufbau Europas musste die DDR wie andere Ostblockstaaten aufgrund des sowjetischen

Drucks verzichten. Ein weiterer Aspekt ungleicher Voraussetzungen war das begrenzte Rohstoffvorkommen: Auf dem Territorium der DDR gab es weder große Eisenerz- noch Steinkohlevorkommen. So vollzog sich der Aufschwung Ost erheblich langsamer als im Westen. Lebensmittel blieben in der DDR bis 1958 rationiert, während man in der Bundesrepublik schon seit 1950 keine Lebensmittelmarken mehr zum Einkaufen brauchte.

Die Hoffnungen, den Westen tatsächlich wirtschaftlich überholen zu können, waren genährt von den Lehren Marx', die langfristig einen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise vorhersagen. Infolge der Industrialisierung der Sowjetunion unter Stalin und ihrem Aufstieg zu einer Weltmacht erschien der Ausgang des Kalten Krieges damals noch offen. Beispiele der anfänglich stalinistischen Wirtschaftsstrategie und ihrer rücksichtslosen Durchsetzung sind die Fokussierung auf die Schwerindustrie, die monumentale Gestaltung der Stalinallee in Berlin sowie die blutige Niederschlagung der Arbeiterproteste gegen die harten Normen. Fortan hütete sich die SED davor, hohe Arbeitsleistungen zu erzwingen – die Phase der Entstalinisierung ab Mitte der 1950er Jahre führte unter anderem zu einer stärkeren Orientierung an den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung. Im Laufe der 1960er Jahre versiegte die Hoffnung, den Westen wirtschaftlich mittelfristig überholen zu können. Die Devise Ulbrichts lautete künftig „Überholen ohne einzuholen“. Dennoch ergab sich während der 1950er und 1960er Jahre auch in der DDR ein deutlicher wirtschaftlicher Aufschwung. Die Konsumgüterproduktion in der DDR steigerte sich fortlaufend. So kamen auf 100 Haushalte 1960 3,2 Pkw, 1970 waren es bereits 15,6 Pkw. Die Zahl der Fernsehgeräte erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 18,5 auf 73,6, Kühlschränke von 6,1 auf 56,4 und Waschmaschinen von 6,2 auf 53,6 Geräte pro 100 Haushalte. Durch umfangreiche Wohnungsbauprogramme konnte die Wohnsituation deutlich verbessert werden. Innerhalb des Ostblocks hatte die DDR trotz Umverteilungen durch den RGW den höchsten Lebensstandard und wurde seit den 1970er Jahren zu den bedeutenden Industriestaaten weltweit gezählt. In der Ära des Kalten Krieges war die Lage im Westen Orientierungsgrundlage sowohl für die Staatsführung als auch für die Bevölkerung. Mit dem Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs der Bundesrepublik

konnte die DDR zum Verdruss ihrer Bevölkerung jedoch von Anfang an nicht mithalten.

5.8 16. Juni 1953 (Volksaufstand)

Die Ursachen des Volksaufstands in der DDR gehen auf die II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 zurück, auf der Walter Ulbricht den "planmäßigen Aufbau des Sozialismus" verkündet. Dessen Umsetzung führt zu einer schweren Ernährungskrise, zum Absinken des Lebensstandards und zum Rückgang der industriellen Produktion. Viele Menschen flüchten in den Westen. Die tief greifende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise der DDR ist unübersehbar. Der Tod Stalins im März 1953 nährt Hoffnungen auf Verbesserungen. Die sowjetischen Machthaber in Moskau zwingen das Politbüro der SED zu einem Schuldeingeständnis und zu einem "Neuen Kurs". Einige Maßnahmen zum "Aufbau des Sozialismus" werden zurückgenommen. Von der Erhöhung der Arbeitsnormen rückt die SED-Führung jedoch viel zu spät ab. Insbesondere die Arbeiterschaft sieht sich bestraft. Am 15. und 16. Juni 1953 kam es auf Ost-Berliner Großbaustellen zu Protestaktionen. Die Demonstrationen greifen auf die gesamte DDR über und werden am nächsten Tag fortgesetzt. In mehr als 700 Städten, Ortschaften und Betrieben gehen die Menschen auf die Straßen. Sie fordern nicht mehr allein die Rücknahme der Normenerhöhung, sondern auch freie Wahlen, die Wiedervereinigung, die Ablösung Ulbrichts und Freiheit für alle politischen Gefangenen.



(eine Foto von Volksaufstand)

Die Sowjetunion verkündet das Kriegsrecht und übernimmt offiziell die Regierungsgewalt in weiten Teilen der DDR. Sowjetische Panzer vom Typ T-34 rollen durch die Straßen. Durch massiven militärischen Einsatz wird der Volksaufstand unter Beteiligung der Kasernierten Volkspolizei niedergeschlagen. Es sterben etwa 50 Menschen, darunter auch Angehörige der DDR-Sicherheitsorgane. Insgesamt wurden etwa 15.000 Personen im Zusammenhang mit dem Aufstand festgenommen. Bis Ende Januar 1954 wurden 1.526 Angeklagte verurteilt.

Ausrede von die DDR war, dass dieser Aufstand ein Ergebnis von Faschistische Provokation war -die auch nicht stimmt-. Selbst die SED-Führung weiß, dass ohne Eingreifen der Sowjetunion wäre das Regime unter Ulbricht zusammengebrochen.



(Deutsche männer gegen Sowjetische Tank)

6. die USA

6.1 USA nach dem 2. Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Vereinigten Staaten am meisten Vorteile in Waffentechnologien und Ökonomie. “Deswegen könnte man auch sagen, dass die USA das mächtigste Land ist.”. Nein, eigentlich nicht. Auch die USA in meisten Bereichen der beste in der welt ist, der UdSSR war auch eine gleichstarke gegner zu die USA. Aus Ideologie weisen und wer das Gleichgewicht der Kräfte von der Welt beherrschen will, könnte die nicht gute Affäre haben. Diese schlechten Beziehungen führten zum Kalten Krieg.

6.2 Marshall Plan

Am 5. Juni 1947 präsentierte der amerikanische Außenminister George C. Marshall das European Recovery Program (ERP). Der Marshall-Plan soll der Wirtschaft in Europa wieder auf die Beine helfen, aber auch die Ausbreitung des Kommunismus verhindern. Einzige Voraussetzung ist, dass sich die europäischen Länder auf eine gemeinsame wettbewerbsorientierte Wirtschaftsordnung verständigen. Auf der Marshall-Plan-Konferenz im Juli 1947 in Paris einigen sich 16 europäische Staaten darauf. Die ebenfalls eingeladenen osteuropäischen Länder nehmen unter dem Druck der UdSSR nicht teil. Der Marshall-Plan läuft 1948 an: Die USA stellen Kredite bereit und liefern Waren, Rohstoffe und Lebensmittel. Zwischen 1948 und 1952 wurden insgesamt rund 12,4 Milliarden Dollar bereitgestellt. Davon fließen 1,5 Milliarden Dollar nach Westdeutschland.

Die Sowjetunion reagierte im Juli 1947 mit dem Molotow-Plan. Es verhinderte die Einbeziehung der in ihrem Einflussbereich befindlichen Länder Mittel- und Osteuropas in den Marshallplan, obwohl einige Staaten, unter anderem Bulgarien, die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn Interesse bekundeten. Stattdessen initiierte die Sowjetunion die Gründung des Kominform und im Januar 1949 des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als politisch-wirtschaftliche Alternative.

Motiven von der USA für den Marshallplan war Popularität von der kommunistischen Partei in Frankreich und Italien reduzieren, die schlechte wirtschaftliche Lage in Europa wieder besser machen, das Interesse der USA am freien Handel und an Europa als Exportmarkt machen.

6.3 Eindämmungspolitik (Containment Policy)

Bereits in der Endphase des Zweiten Weltkriegs kam es zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion zu Spannungen über die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung. Die USA und Großbritannien verwiesen auf Grundlage völkerrechtlicher Prinzipien auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die

kommunistische Sowjetunion war hingegen bestrebt, eine Einflussphäre sozialistischer Satelliten zu schaffen. So kam es beispielsweise zur Errichtung sozialistischer bzw. kommunistischer Regimes in den osteuropäischen Staaten Polen, Albanien, Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei und Rumänien. Ihnen war de facto die Souveränität zugunsten der Sowjetunion entzogen. Außerdem musste Finnland im Waffenstillstand von Moskau 1944 unter sowjetischem Druck große Gebiete an die Sowjetunion abtreten, seine Beziehungen zum Deutschen Reich abbrechen und 1948 mit der Sowjetunion ein „Freundschafts- und Kooperationsabkommen“ abschließen.

Den Bestrebungen der Sowjetunion auf weitere Expansion setzte Harry S. Truman ein außenpolitisches Konzept entgegen, dem zufolge die USA eine als „anti-imperialistisch“ bezeichnete Politik verfolgten. Um die amerikanische Außenpolitik darauf auszurichten, setzte Außenminister (*Secretary of State*) George C. Marshall einen außenpolitischen Planungsstab unter George F. Kennan, einem ehemaligen Gesandten der US-Botschaft in Moskau. Kennan stellte im Juli 1947 die Containment-Politik „zur Eindämmung des sowjetischen Imperialismus“ in der Zeitschrift *Foreign Affairs* einem breiteren Publikum vor. In seinem Artikel „The Sources of Soviet Conduct“ (aufgrund der Veröffentlichung unter dem Pseudonym „X“ auch als X-artikel bezeichnet) wies Kennan auf die inhärenten Schwächen des Sowjetsystems hin und vertrat die Ansicht, wenn die USA sich auf ihre Stärken besinnen und ihre Führungsrolle akzeptieren würden, seien sie in der Lage, den russischen Expansionstendenzen mit hinreichendem Gegendruck zu begegnen.

Die aktive Unterstützung anderer Staaten gegen drohende kommunistische Umsturzversuche hatte zuvor schon der amerikanische Präsident Harry S. Truman, in der nach ihm benannten Truman-Doktrin am 12. März 1947 als offizielle Linie der amerikanischen Außenpolitik verkündet. Als wichtiger Bestandteil der Containment-Politik erwies sich der Marshallplan mit dem Ziel, die europäischen Länder zu stärken und somit eine handstreichartige Übernahme Westeuropas durch die Sowjetunion zu verhindern. Gleichzeitig wurde mit dem Marshallplan das Ziel einer nachhaltigen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten verfolgt. Auch das Inkrafttreten des Nordatlantik-Paktes am 24. April 1949 ist als sicherheitspolitischer Bestandteil der Containment-Politik zu sehen.

7. Europas Situation

7.1 Tschechoslowakei

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Tschechoslowakei wieder in ihre Grenzen wiedererstanden. Außer Karpatenukrain, die nämlich zur Sowjetunion überlassen ist. In 1948 wurde es eine sozialistische staat die auch stalinistische Politik von der UdSSR folgte. Ab 1955 wurde es auch ein Mitglied des Warschauer Paktes. 1968 kam es unter dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Alexander Dubček zum Versuch einer „Vermenschlichung“ des kommunistischen Staates. Der Prager Frühling sollte einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ schaffen, wurde aber von der Sowjetunion und den anderen im Warschauer Vertrag verbündeten Ostblockstaaten als Konterrevolution mit Waffengewalt am 21. August 1968 niedergeschlagen. Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ von 1968 wurde dem Land von sowjetischer Seite eine „Normalisierung“ verordnet, die eine tiefe Resignation auslöste. Künstler, Intellektuelle und Politiker des Prager Frühlings bildeten eine vom Regime vielfach verfolgte Bürgerrechtsbewegung.



(eine Foto von Prager Frühling)

7.2 Ungarn

Als eine von die Verlierer Länder, mussten sie nach dem Krieg wieder die Gebiete (Süd-Slowakei, Kroatische Baranya, Nordsiebenbürgen) zurückgeben. Ungarn kam auf Grund des Vertrages von Jalta unter sowjetischen Einfluss. 1945 wurde das uneingeschränkte Wahlrecht wiederhergestellt. Bei der freien Parlamentswahl im November 1945 errang die Kleinlandwirtpartei 57 % der Stimmen, die Kommunisten lagen mit 17 % knapp hinter den Sozialdemokraten auf Platz 3. Auf sowjetischen Druck wurden die Kommunisten dennoch in die Regierung aufgenommen und rissen bis 1949 schrittweise die Macht an sich, das Land wurde dem Kommunismus nach sowjetischem Vorbild unterworfen. 1948 wurde die Sozialdemokratische Partei Ungarns mit den Kommunisten zwangsvereinigt zur Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP), die 1956 durch die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP) ersetzt wurde. Am 20. August 1949 wurde eine Verfassung nach sowjetischem Vorbild beschlossen. Bis 1953 verfolgte Ungarn unter Mátyás Rákosi einen stalinistischen Kurs.



(Ungarischer Volksaufstand)

Der Ungarische Volksaufstand entstand spontan ab dem 23. Oktober 1956 aus einer zunächst friedlichen Studentendemonstration in Budapest. Diese entwickelte sich schnell zu einer Großdemonstration und anschließend zum landesweiten Aufstand. Zehntausende Bürgerinnen und Bürger schlossen sich den Studenten an. Bei den Protesten wurde von der totalitär regierenden kommunistischen Partei die

Wiederaufnahme des Reformkurses gefordert. Darunter die erneute Einsetzung Imre Nagys als Ministerpräsident und die demokratische Umgestaltung des Landes durch ein Mehrparteiensystem, freie Wahlen und die Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Ab dem 4. November rückten 15 Divisionen der Sowjetarmee mit 2.000 Panzern und etwa 200.000 Soldaten in Ungarn ein und schlugen in den darauffolgenden Tagen den Aufstand unter erbittertem Widerstand blutig nieder.

Nach Ende des Aufstandes setzte eine Fluchtwelle ein. Insgesamt 200.000 Leute haben das Land verlassen.

7.3 Jugoslawien

Die nach Kriegsende von Josip Broz Titos kommunistischer Volksfront gewonnenen Wahlen führten am 29. November 1945 zur Gründung der *Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (Federativna Narodna Republika Jugoslavija)*, bestehend aus den sechs Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien. Das Land erhielt am 31. Januar 1946 eine nach dem Vorbild der Sowjetunion gestaltete Verfassung.

1948 distanzierte sich Tito immer mehr von der Sowjetunion und dem Ostblock. Es kam 1950 schließlich zum Bruch zwischen den Parteien, der bis zum Ende der Stalin-Ära andauerte. Tito verfolgte einen eigenen jugoslawischen Kommunismus, den sogenannten Titoismus. Jugoslawien näherte sich außenpolitisch dem Westen an und pflegte schon bald engere wirtschaftliche Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten.

7.5 Bundesrepublik Deutschland

Der BRD war ein glückliches Land. Selbst es nach dem Krieg sehr viel Schaden hatte, dank der Westlichen Welt könnte es einer von die sogenannten "erste welt länder" sein. Durch die Marshallplan, Deutsche Dedikation und Disziplin wurde der BRD eine der größten Wirtschaftsmächte in 20 Jahren. Von anfang an bis die Deutsche Vereinigung möchtete der BRD mit dem östlichen Deutschland vereint werden.

7.5 Frankreich und Britannien

a) Frankreich

Die Verfassung der Vierten Republik war bereits am 13. Oktober 1946 durch einen Volksentscheid beschlossen worden. Frankreich, das sich auf Seiten der Siegermächte wiederfand, wurde zum Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und erhielt im Sicherheitsrat ein Veto-Recht. Frankreich erhielt zur Förderung des Wiederaufbaus unter anderem Unterstützungsleistungen aus dem Marshallplan unter Ökonomen ist umstritten, ob diese volkswirtschaftlich nennenswerte Wirkungen hatten. Der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende lange wirtschaftliche Nachkriegsboom wurde als Trente Glorieuses bezeichnet. 1949 war Frankreich Gründungsmitglied der NATO; 1951 wurde mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der erste Schritt zur Europäischen Integration gesetzt. Im März 1957 wurden die Römischen Verträge unterzeichnet; zum 1. Januar 1958 wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet, aus der mittlerweile die Europäische Union geworden ist und in der Frankreich ein aktives und bedeutendes Mitglied ist.

Die Nachkriegszeit war auch durch den Zerfall des Kolonialreiches geprägt. Der erste Indochinakrieg (1946–1954) endete mit der Schlacht um Điện Biên Phủ und dem Verlust aller französischen Kolonien in Südostasien. Einen noch tieferen Schnitt bedeutete der Algerienkrieg (1954–1962), der mit großer Härte geführt wurde und an dessen Ende Algerien in die Unabhängigkeit entlassen werden musste.

Hunderttausende Pied-noirs flohen nach Frankreich, wo ihre Integration in die französische Gesellschaft nicht immer reibungslos verlief (siehe auch Dekolonisation Afrikas).

Innenpolitisch wurde die instabile Vierte Republik im Oktober 1958 durch die Fünfte Republik abgelöst, die einen starken, von der Legislative weitgehend unabhängigen Präsidenten vorsieht.

b) Großbritannien

Durch die beiden Weltkriege verlor das Land seine Weltmachtstellung, obwohl es beide Male auf der Siegerseite stand. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde das britische Kolonialreich bis auf einige kleine Reste aufgelöst. In der Sueskriese (1956/57) mit Ägypten erlitt Großbritannien eine Niederlage und damit einen herben Rückschlag in seiner Wirtschafts- und Kolonialpolitik. Obwohl die Großbritannien eine große Supermacht war, hat es nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Platz zu der UdSSR und den USA gegeben.

8. Anfangszeit von die Komitee und wie es weitergehen will

Das Komitee will am 7. Oktober 1949 anfangen. An diesem Tag wurden die DDR und die Volkskammer hergestellt. Nach diesem Datum wird es mit den Krisen weitergehen. Es gibt sehr viele Probleme in die DDR und auch im Ausland. So führtet nicht, ihr habt sehr viele Krise aufzulösen und sehr viel Freiheit, was ihr machen möchtet. Ihre Allocation will irgendein politische Partei sein. Immer würdet ihr erstens mit einer semi-moderierten Sitzung anfangen. Da diskutiert ihr über ihre Probleme oder was ihr machen möchtet. Nach der semi-moderierten Sitzung macht ihr weiter mit unmoderierte Sitzung, die ihr auch da Direktive schreibt. Am meisten wird ihr Komitee Direktive schreiben, aber es kann auch sein, dass sie manchmal ein paar Krise auf einmal bekommt oder eine sehr große Krise bekommt. Da empfehle ich euch, dass ihr verbundene Direktiven schreibt. Vergisst nicht, die DDR's Schicksal liegt in eure Hände! Es ist eure Entscheidung, ob ihr auf historische Weise die Krise auflöst oder ihr eine neue Lösung findet.

Literaturverzeichnis

de.wikipedia.org

<https://www.ndr.de>

<https://www.wsws.org>

https://schulportal-thueringen.de/tip/resources/medien/32956?dateiname=DDR_Aussenpolitik.pdf

<https://www.mdr.de>

<https://www.hdg.de>

the Shortest History of Germany, James Hawes